
Truss me

Grossbritannien hat eine neue Premierministerin. Wer ist Liz Truss? Was will sie? Und was bedeutet das für Britinnen und den Rest der Welt?

Ein Porträt von Helene von Bismarck (Text) und Andrea Ventura (Illustration), 06.09.2022



Die Briten haben mal wieder eine neue Premierministerin. Nach Margaret Thatcher und Theresa May ist Liz Truss die dritte Frau in der Geschichte, die dieses Amt bekleidet. Gleichzeitig ist sie die vierte Regierungschefin in den gerade mal sechs Jahren, seit sich das Land für den Austritt aus der EU entschieden hat.

Was ist innen- und aussenpolitisch von ihr zu erwarten? Ist ihre Amtszeit angesichts der gewaltigen Aufgaben, die vor ihr liegen, von Anfang an zum Scheitern verurteilt?

Einen schwierigeren Zeitpunkt, um den Vorsitz der konservativen Tory-Partei und damit das höchste Amt in der Regierung zu übernehmen, hätte sich Truss kaum aussuchen können. Die europäische Sicherheitsordnung wird weiter durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine bedroht, die britischen Energiepreise sind in unzumutbare Höhen geschwollen, Grossbritannien verfügt über viel zu wenig Gasspeicherkapazität, um über den Winter zu kommen. Die Inflation befindet sich im zweistelligen Bereich, und eine Rezession scheint unausweichlich.

Für den Herbst sind bereits zahlreiche Streiks angekündigt, und Experten warnen vor einem Zusammenbruch des britischen Gesundheitssystems und anderer öffentlicher Dienstleistungen im Winter.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt scheint in grösserer Gefahr als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Zahllose Britinnen werden ihre Rechnungen nicht bezahlen können, Unternehmen angesichts der explodierenden Kosten den Betrieb einstellen müssen. Viele Menschen werden vor der Wahl stehen, entweder zu frieren oder zu hungern.

Der Weg an die Macht

Angesichts dieser bedrohlichen Situation war es ein fast surreal anmutender Sommer, der Liz Truss an die Macht brachte. Nach dem Abtritt Boris Johnsons als Vorsitzender der konservativen Partei kämpfte sie als seine bisherige Aussenministerin mit einem weiteren hochrangigen Mitglied aus Johnsons Kabinett, dem Schatzkanzler Rishi Sunak, um das Amt des Premiers. Ein öffentlich inszenierter, täglich in der Presse umfangreich kommentierter Wahlkampf, an dessen Ende aber keine wirkliche Wahl im herkömmlichen Sinne stand.

Denn die Entscheidung, wer der nächste Premierminister wird, lag nicht etwa beim Volk, sondern ausschliesslich bei den gerade mal ungefähr 170'000 Mitgliedern der konservativen Partei.

Truss musste ihre Pläne für das Land also nicht der breiten Öffentlichkeit schmackhaft machen, sondern einem sehr viel engeren Kreis von Britinnen, der ihre Weltsicht und ihre Grundannahmen grösstenteils sowieso schon teilt. Angesichts des deutlichen Rechtsrucks innerhalb der Tories seit dem Brexit-Votum galt es, den Mitgliedern zu beweisen, dass Truss' Grundsätze, Instinkte und ihr Charakter konservativer sind als die der vier verschiedenen konservativen Regierungen, die das Land seit zwölf Jahren geführt haben. Niedrige Steuern, ein schmaler Staat, eine deutliche Erhöhung des Verteidigungsetats, das Beschwören von nationaler Souveränität, Stolz und Stärke: Truss versprach und betonte, was die Mitglieder hören wollten.

Die Durchführbarkeit ihrer einzelnen Wahlversprechen zum gegenwärtigen Zeitpunkt spielte in diesem kleinen, parallelen Universum eine untergeordnete Rolle. Truss musste zeigen, dass sie aus Sicht der Mitglieder das Herz auf dem rechten Fleck hat. Der Rest, wie man so schön sagt, sind Details.

Die Arbeit mit der Parteibasis gehört zu Truss' grössten politischen Begabungen. Als Johnson noch fest im Sattel zu sitzen schien, baute sie ihren Einfluss innerhalb der Partei geschickt aus und nutzte die grosse Bühne, die ihr das Amt als Aussenministerin bot, um sich auf lange Sicht als ernst zu nehmende potenzielle Nachfolgerin ins Gespräch zu bringen.

Gleichzeitig hielt sie Johnson nach aussen hin sogar dann noch ostentativ die Treue, als Sunak und zahlreiche andere Kabinettsminister schon zurückgetreten waren und seine Tage als Premierminister gezählt waren. So konnte sie sich hinterher vor den Mitgliedern, von denen viele – trotz all seiner Skandale – Johnsons Karriereende bedauern, mit ihrer Loyalität und charakterlichen Integrität brüsten und sich von dem vermeintlichen «Verräter» Sunak, der Johnson in den Rücken gefallen sei, absetzen.

Truss besitzt eine bemerkenswerte Fähigkeit, sich politisch immer wieder neu zu erfinden. Die Tochter eines politisch links stehenden Mathematikprofessors und einer Krankenpflegerin war in ihren Studententagen in Oxford ein engagiertes Mitglied der Liberaldemokraten, sie setzte sich gar für die Abschaffung der Monarchie ein. Erst nach dem Examen trat sie in die konservative Partei ein. Beim EU-Referendum kämpfte sie für den Verbleib Grossbritanniens in der Europäischen Union.

Sechs Jahre später ist Truss die bevorzugte Kandidatin der European Research Group (ERG), des einflussreichen und äusserst europafeindlichen Flügel der Tories. Während zwischen 2016 und 2022 zahlreiche politische Karrieren in Grossbritannien an der massiven Verhärtung der Brexit-Fronten zerschellten, viele prominente *remainer* aus der konservativen Partei gedrängt oder mindestens unter Generalverdacht gestellt wurden, beherzigte Truss erfolgreich die erste und wichtigste Grundregel einer politischen Karrieristin: *If you cannot beat them, lead them!*

Liberale Demokratien gegen autoritäre Regimes

Truss' Selbstinszenierung als Johnson-Loyalistin mag überzogen und angesichts ihrer lang gehegten Ambitionen nicht frei von Heuchelei gewesen sein, trotzdem wird sie seine Politik in vielen Punkten weiterführen. Gerade aussenpolitisch ist von ihrer Kontinuität zu erwarten.

Die britische Unterstützung der Ukraine durch Waffenlieferungen und die Ausbildung ukrainischer Soldaten werden weitergehen. Auch diplomatisch wird Truss die Ukraine weiter unterstützen und bei den Verbündeten Grossbritanniens engagiert dafür werben, das Gleiche zu tun. Truss vertritt gegenüber Russland eine äusserst entschlossene Linie.

In einer [Ansprache als Aussenministerin im Frühjahr 2022](#) verglich sie die weltpolitische Situation mit dem Kalten Krieg und warnte sogar, dass Putins Russland gefährlicher und unberechenbarer sei, als es die Sowjetunion je gewesen sei.

Truss ist besorgt, dass die amerikanische Regierung unter Joe Biden nach den Zwischenwahlen im November mit ihrem Engagement für die Ukraine nachlassen könnte. Der deutschen wie auch der französischen Haltung zu Russland, die gerade in den ersten Monaten nach Kriegsbeginn zögerlicher war als die britische, steht sie skeptisch gegenüber. Von Wandel durch Handel hält sie nichts.

Truss' Kritik an der deutschen Russlandpolitik der letzten zwanzig Jahre ist berechtigt, allerdings stellt sich die Frage, ob ihre Entschlossenheit, Putin entgegenzuwirken, sich darauf erstrecken wird, die Rolle russischen Geldes in der Londoner City, aber auch innerhalb der konservativen Partei aufzuarbeiten.

Zu erwarten ist, dass sie sich, genau wie Johnson, um ein enges Verhältnis und eine nahe sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit den baltischen und skandinavischen Staaten und auch Polen bemühen wird. Alles Länder,

die aufgrund ihrer historischen Erfahrungen und geografischen Lage die russische Bedrohung genauso ernst nehmen wie sie.

Auch China gegenüber ist von Liz Truss eine deutliche Abgrenzung zu erwarten. Laut Medienberichten plant sie, China offiziell wie Russland als nationales Sicherheitsrisiko einzustufen. Damit trägt sie einer deutlichen Veränderung innerhalb der konservativen Partei Rechnung, die noch vor drei Jahren in handelspolitisch motivierte Pragmatiker und Falken gespalten war.

Nach der Pandemie, dem brutalen Niederschlagen der Proteste in Hongkong und den Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Uiguren in Xinjiang hat sich das verändert. Inzwischen nehmen die Konservativen China nahezu geschlossen als Bedrohung wahr. Viele unterstützen die Idee des *decoupling*, des Auflösens gegenseitiger wirtschaftlicher Verflechtungen.

Truss' Haltung gegenüber Russland und China entspricht ihrem Weltbild, demzufolge die liberalen Demokratien sich in einem globalen Wettkampf mit autoritären Regimen behaupten müssen. Ihre bevorzugte Institution, um dieser Bedrohung entgegenzutreten, ist die Nato. Sie wirbt für eine globale, nicht nur auf den europäisch-atlantischen Raum beschränkte Rolle des Bündnisses.

Truss ist es wichtig, handels- und sicherheitspolitische Verbindungen zu nicht westlichen Staaten und Regionen, wie dem Indopazifik, auszubauen. Schon als Aussenministerin warb sie um ein weltweites network of liberty und plädierte dafür, die G-7 als eine Art «wirtschaftliche Nato» auszubauen. Wie genau sie sich das vorstellt, ist allerdings eher unklar. Auch stellt sich die Frage, wie Truss' aussen- und sicherheitspolitische Ambitionen und eine Abwendung von dem mächtigen chinesischen Markt in Zeiten einer Wirtschafts- und Energiekrise – und nach dem harten Brexit – finanziert werden sollen.

Bei aller aussenpolitischen Kontinuität in der Sache sollten sich die Verbündeten des Vereinigten Königreichs auf einen veränderten Ton an der Spitze der Regierung einstellen. Truss hat ein anderes Temperament als Johnson. Letzterem ist es immer wichtig, in jedem Raum, den er betritt, die beliebteste und lustigste Person zu sein. Seine bevorzugten Mittel, um seine Ziele zu erreichen, Zeit zu gewinnen und oft auch, um seine Absichten zu verschleiern, sind Witz und Charme. Die Folge ist, dass sich seine Aussagen häufig vollkommen widersprechen.

Anders als Johnson ist es Truss egal, was die Leute von ihr denken. Sie gilt als hartnäckiger, kompromissloser und sozial ungeschickter Workaholic. Ihre Empathielosigkeit im Umgang mit Mitarbeiterinnen ist legendär. Harte, oft auch sexistische Kritik an ihrer Person ist für sie nichts Neues. Truss scheint einen konfrontativen Umgang für Stärke zu halten. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass sie sich in diesem wie auch in vielen anderen Punkten an ihrem Vorbild Margaret Thatcher orientiert. Diese war berühmt für ihre Verachtung von Konsenspolitik, ihre robuste Art, Verhandlungen zu führen, und ihre deutliche Rhetorik.

Konfrontation mit der EU

Wie schon bei Johnson steht Truss' Europapolitik in deutlichem Gegensatz zu ihren weitreichenden aussenpolitischen Ambitionen. Das war nicht immer so. Als sie Aussenministerin wurde und die Verhandlungen mit der EU über alle Brexit-relevanten Fragen von dem konfrontativen Lord David

Frost übernahm, bemühte sie sich zuerst um eine sehr viel freundlichere und kooperativere Beziehung mit ihren EU-Gesprächspartnern.

Nach Ausbruch des Russland-Ukraine-Krieges tat sie etwas, was noch Wochen vorher auf der Brexit-Insel undenkbar schien, und nahm eine Einladung zu einem Treffen der EU-Aussenministerinnen an. Im Mai plädierte sie in einer Rede dafür, im Kampf gegen Putins Russland mit allen gleich gesinnten Organisationen zusammenzuarbeiten, sogar mit denjenigen, in denen das Vereinigte Königreich nicht vertreten ist, wie die EU.

Doch Truss' Hoffnung auf einen geeinten Westen in Zeiten des Krieges in Europa hielt sie nicht davon ab, eine drastische Lösung der zwischen EU und Grossbritannien nach wie vor sehr umstrittenen Nordirland-Frage anzustreben, als sie ihre gewünschten Ziele mit Nettigkeit nicht erreichen konnte. Noch als Aussenministerin lancierte Truss den «Northern Ireland Protocol Bill», ein Gesetz, das die aus britischer Sicht nicht zufriedenstellenden Regelungen im Nordirland-Protokoll des Brexit-Abkommens unilateral verändert. Dies stellt eine Verletzung internationalen Rechts und aus Sicht der EU und vieler britischer Juristen einen klaren Vertragsbruch da, der in einem Handelskrieg zwischen Vereinigtem Königreich und EU gipfeln könnte.

Im Wahlkampf kündigte Truss an, das Gesetz so schnell wie möglich durchs Parlament bringen zu wollen. Das könnte allerdings schwierig werden, da sich bereits massiver Widerstand aus dem House of Lords, dem Oberhaus des britischen Parlaments, ankündigt. Selbst wenn sich die Regierung am Ende durchsetzt, wird es Monate dauern, bis das Gesetz in Kraft treten kann, und dann wahrscheinlich nicht in seiner jetzigen Form. Gleichzeitig berichten Medien, dass Truss vorhabe, diese Zeit zu überbrücken, indem sie mithilfe des im Nordirland-Protokoll vorgesehenen Artikels 16 bestimmte Teile der bestehenden Regeln aussetzt.

Die Frage ist, was Truss mit diesem konfrontativen Kurs gegenüber der EU bezweckt. Wahrscheinlich hofft sie, damit einerseits Druck auf die EU ausüben zu können, um in der Zeit bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes doch durch Verhandlungen zu einer Lösung zu kommen. Gleichzeitig hat sich Truss innenpolitisch mit diesem Vorschlag bei der European Research Group beliebt gemacht.

Trotzdem wäre es ein Fehler, im «Northern Ireland Protocol Bill» nur ein taktisches Spielchen zu sehen. Selbst scharfe Gegner der Konservativen betonen, dass die jetzige Regelung im Nordirland-Protokoll auf Dauer nicht funktionieren kann. Es ist nicht auszuschliessen, dass Truss wirklich glaubt, sich durchsetzen, die ERG zufriedenstellen, aber einen Handelskrieg mit der EU vermeiden zu können. In ihren Überlegungen könnten die ganz Europa betreffende Energiekrise wie auch Unstimmigkeiten zwischen den ost- und westeuropäischen Mitgliedsstaaten angesichts des Russland-Ukraine-Krieges eine Rolle spielen und sie hoffen lassen, dass die EU am Ende weniger scharf und geschlossen reagieren wird als angekündigt.

Die Zukunft des britischen Populismus

Wie ihre Politik gegenüber der EU steht auch Liz Truss' innenpolitische Rhetorik in einem gewissen Gegensatz zu ihren weltweiten Ambitionen für die liberale Demokratie. Wer nach dem Abtritt Johnsons auf ein Ende des britischen Populismus hofft, hofft vergeblich. Eher ist es wahrscheinlich, dass sich in Johnsons Regierungszeit angelegte populistische Tendenzen,

die von der konservativen Partei und dem Tory-freundlichen Teil der britischen Presse toleriert und oft auch aktiv gefördert wurden, unter Truss noch verstärken werden.

Die grobe Vereinfachung und Emotionalisierung hoch komplizierter Sachverhalte, das Befeuern von Stellvertreterdiskussionen, rhetorische Angriffe auf all jene Institutionen, die die Macht der Exekutive begrenzen könnten, all dies bildet ein populistisches Repertoire, das Truss von Johnson übernommen hat.

Im Wahlkampf kündigte Truss an, den Beamtenapparat verschlanken und seine Einflussnahme in die Schranken weisen zu wollen, ein Spiel mit dem klassischen populistischen Gedanken eines übermächtigen, ungewählten *deep state*, der im Hintergrund die Fäden zieht. Sie versprach, gegen die «Woke-Kultur» in der Beamtenschaft vorzugehen, und ging sogar so weit, zu behaupten, dass diese linksliberale Kultur der Beamtinnen in manchen Fällen in Antisemitismus gipfeln würde.

Verschiedene Kommentatoren aus der jüdischen Gemeinschaft wiesen diesen Vorwurf als vollkommen aus der Luft gegriffen zurück und beschuldigten Truss, ein so ernstes Thema wie Antisemitismus für ihren Wahlkampf zu instrumentalisieren.

In einem Interview mit dem privaten Fernsehsender GB News holte Truss lachend zu einem Angriff auf die BBC aus, die angeblich «nicht die Fakten berichten» würde. Es war schwer, sich beim Zuschauen nicht an Donald Trumps Gerede von Fake News oder querdenkerische Vorwürfe einer «Lügenpresse» erinnert zu fühlen.

Der öffentliche Sender BBC steht in Grossbritannien schon seit längerem unter Druck aus unterschiedlichen Richtungen. Die prominente Moderatorin Emily Maitlis warnte kürzlich in einer viel beachteten Rede vor aktiver Einflussnahme der konservativen Regierung auf die redaktionelle Arbeit des Senders. Gleichzeitig behaupten viele politisch rechts stehende Politiker und Kommentatorinnen, die BBC verletze das Neutralitätsgebot.

Die umstrittene Migrationspolitik der Johnson-Regierung, die das Entsenden von Asylbewerbern nach Ruanda vorsieht, möchte Truss weiterführen und sogar in Kooperation mit anderen Ländern ausbauen. Es ist inzwischen nicht mehr undenkbar, dass Grossbritannien die Europäische Menschenrechtskonvention verlassen könnte, weil deren Definition von Asylrecht nicht den Vorstellungen der Regierung entspricht. Ein Austritt wäre ein überaus drastischer Schritt, den bislang nur Putins Russland gegangen ist.

Truss hielt sich im Wahlkampf mit einer klaren Aussage zu dieser Frage zurück, plant aber scheinbar, Politikern wie Suella Braverman, die den Einfluss der Europäischen Menschenrechtskonvention in Grossbritannien aktiv beschränken wollen, einen prominenten Platz in ihrem Kabinett einzuräumen.

Mit dem Prinzip der Rechenschaftspflicht einer demokratisch gewählten Regierung scheint sich Truss ähnlich schwer zu tun wie ihr Vorgänger Johnson. Auf die Frage, wen sie als neue Ethikberaterin der Regierung benennen wolle, antwortete Truss, den Posten erst mal vakant lassen zu wollen. Wichtiger sei es schliesslich, dass die Premierministerin den Unterschied zwischen richtig und falsch kenne.

Das Prinzip einer unabhängigen Institution, die die Einhaltung des Ministerialkodex durch alle Mitglieder des Kabinetts überwacht, empfin-

det sie demnach als überflüssig. Während Johnsons Amtszeit waren zwei Ethikberater des Premierministers hintereinander zurückgetreten, weil er sich von ihrem Urteil nicht beeindruckt liess.

Truss machte Anfang August klar, dass sie nichts von der parlamentarischen Untersuchung hält, die momentan immer noch gegen Johnson in der Frage läuft, ob er das Unterhaus belogen hat. Die neue Premierministerin tut diesen Vorwurf als haltlos ab.

Der Winter naht

Die Frage ist, wie erfolgreich Truss mit ihren ambitionierten Zielen, ihrem konfrontativen Stil und ihren populistischen Methoden zu einem Zeitpunkt sein kann, wo die britische Gesellschaft am Anfang einer tiefen wirtschaftlichen Krise steht. Ihre grösste Herausforderung wird es sein, das Land über den Winter zu bringen und dabei selbst politisch zu überleben.

Truss ist die erste Premierministerin, die zwar die Mehrheit der Mitglieder ihrer Partei hinter sich weiss, aber nicht eine Mehrheit der konservativen Abgeordneten, mit denen sie jetzt regieren muss. Viele bevorzugten Sunak und sind im Laufe der letzten zwei Monate nur umgeschwenkt, weil sich immer mehr abzeichnete, dass sie den Mitgliederentscheid gewinnen würde. Aber karrieristisches Kalkül und echte Loyalität sind nicht das Gleiche.

Die nächsten Parlamentswahlen stehen spätestens im Januar 2025 an. Das ist früh genug, um die direkt gewählten Tory-Parlamentarierinnen nervös zu machen, falls der Winter wirklich so schlimm wird wie gedacht.

Zur Autorin

Helene von Bismarck arbeitet als Historikerin und Autorin zu Grossbritanniens Rolle in der Welt. Sie ist ein Visiting Research Fellow am Centre for British Politics and Government am King's College London und ein Fellow der Royal Historical Society.